

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Landesamtsdirektion
Abteilung Landesamtsdirektion/Internationale und Europäische
Angelegenheiten
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Herrn
Präsident des NÖ Landtages
Ing. Johann Penz
Landtagspräsident

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 12.10.2017

zu Ltg.-**1595/V-5/114-2017**

— Ausschuss

LAD1-IE-A-3025/043-2017

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

E-Mail: post.lad1@noel.gv.at
Fax 02742/9005-13610 Internet: <http://www.noe.gv.at>
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug

BearbeiterIn

Dr. Traußnig

(0 27 42) 9005

Durchwahl

12873

Datum

10. Oktober 2017

Betrifft

Russland-Sanktionen - zurück zum Verhandlungstisch; Beschluss des NÖ Landtages vom 22.6.2017, Ltg.-1595/V-5/114-2017

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne des Beschlusses des NÖ Landtages vom 22. Juni 2017, Ltg.-1595/V-5/114-2017, ist die NÖ Landesregierung bei der Bundesregierung vorstellig geworden und hat sie aufgefordert, sich auf Europäischer Ebene für ein Ende der wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Russland einzusetzen, um weiteren wirtschaftlichen Schaden für die heimische – insbesondere die niederösterreichische – Wirtschaft und Landwirtschaft zu verhindern. Die Europäische Union sollte vielmehr partnerschaftliche Verhandlungen initiieren und dabei als Vermittler zwischen den Konfliktparteien vor allem zwischen Russland und Ukraine auftreten.

Gemäß der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung ist dieser Beschluss federführend von der Abteilung Landesamtsdirektion / Internationale und Europäische Angelegenheiten zu vollziehen.

Dazu wird folgender Bericht abgegeben:

Am 28. Juni 2017 richtete Frau Landeshauptfrau Mag.^a Johanna Mikl-Leitner ein Schreiben an Herrn Bundeskanzler Mag. Kern.

Am 21. September 2017 langte ein Antwortschreiben des Ministerratsdienstes des Bundeskanzleramtes ein, in welchem im Wesentlichen ausgeführt wird, dass Österreich im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union die restriktiven Maßnahmen der EU gegenüber der Russischen Föderation mittrage. Ziel der österreichischen Politik und der EU-Politik sei die Herstellung eines Zustandes, in dem die Wirtschaftssanktionen – die einer halbjährlichen Überprüfung unterzogen werden – aufgehoben werden könnten.

Österreich spreche sich dabei aktiv für die schrittweise Lockerung oder Anpassung der Sanktionen bei schrittweiser Erfüllung des Minsker Abkommens aus. Außerdem spreche sich Österreich dafür aus, den Dialog mit Russland fortzusetzen, da die Lösung einer Reihe von regionalen und globalen Problemen nicht ohne, sondern nur mit Russland möglich sein werde.

Die Rückgänge und Einbußen im bilateralen Handel mit der Russischen Föderation seit 2014 seien aber nicht nur auf die gegenseitigen Wirtschaftssanktionen zurückzuführen, sondern seien insbesondere auch eine Folge der Rezession in Russland durch die gefallenen Erdölpreise und den Werteverfall des Rubels.

Nicht zuletzt aufgrund vielfältiger Bemühungen der kontinuierlichen Wirtschaftszusammenarbeit zeichne sich eine Erholung der Wirtschaftsbeziehungen ab. Schon ab 2016 sei es zu einer Trendumkehr und einem Anstieg österreichischer Exporte nach Russland gekommen. Von Jänner bis April 2017 hätten Österreichs Exporte nach Russland ein Plus von 29,4 % verzeichnet.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
Mag.^a Mikl – Leitner
Landeshauptfrau